

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Ziel: Betätigung der Arbeiter und in allen Kreisen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (inkl. Post) 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpoststr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfach Dresden Nr. 15600. Dresdener Verlagsgesellschaft
Schreibleitung: Dresden-21, Osterbahnpoststr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Schreibstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gebildete Normalzeile oder deren Raum zu 20 RM. für die Familienanzeigen zu 20 RM. für die Restanzeigen anstehend an den dreißigsten Teil einer Zeile zu 1.50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Osterbahnpoststr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonntagen und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Vorrückung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Donnerstag, den 8. Dezember 1927

Nummer 285

Verhandlungen gescheitert!

Die reaktionäre Beamtensbefolgung der Heldtregierung

Gegenstoß der KPD in der Beamtensfrage

Seit Monaten verkündete die sächsische Bürgerblockregierung, daß sie den wiederholten Beschlüssen des Landtages endlich nachkommen wollte und eine Beamtensbefolgungsvorlage zum Landtag gebe. Trotz immerwährender Drängens der Beamten, deren Forderungen durch die Kommunisten entschieden unterstützt wurden, hat die Regierung die Vorlage erst jetzt eingebracht.

Die sächsische Bürgerblockregierung weiß, daß die durch die steigende Teuerung in Not geratenen Beamten die durch die Vorlage erwartete Gehaltserhöhung dringend benötigen. Die Beamten warten auf eine solche Erhöhung gerade vor den Weihnachtstagen. Darauf hat die Regierung spekuliert und die Vorlage erst jetzt an den Landtag gegeben. Diese Vorlage stellt eine geradezu schamlose Verhöhnung der unteren und mittleren Beamten dar. Die Regierung will durch die kurze Frist, die sie dem Landtag zur Erledigung der Vorlage gibt, eine gründliche Beratung derselben und insbesondere Verbesserungen für die unteren Beamten verhindern.

Die kommunistische Fraktion wandte sich von Anfang an gegen dieses Mandat der Regierung. Die KPD wird mit aller Entschiedenheit gegen die Durchsetzung der Vorlage ankämpfen. Um dabei den unteren Beamten aber wirklich zu helfen und diesen auch vor den Weihnachtstagen noch einige Mittel zu geben, hat die Fraktion folgenden Antrag gestellt:

Obgleich die Regierung wiederholt durch Landtagsbeschlüsse und Eingaben der Beamtensorganisationen während der letzten beiden Jahre zur Vorbereitung einer Befolgungsreform veranlaßt worden ist, hat sie für das Einbringen ihrer entsprechenden Vorlage einen Zeitpunkt gewählt, der eine gründliche und sachliche Durchberatung dieser Vorlage unmöglich macht. Diese Maßnahme kann nicht anders gedeutet werden, als eine tatsächliche Ausweitung des Landtages, eine Desorganisation der Beamtensforderungen und eine Verhöhnung der Rolle ganz besonders der unteren und mittleren Beamten. — Die Not der Beamten, die eine Mittelbewilligung noch vor Weihnachten erreicht, darf nicht ausgenutzt werden, um eine schlecht vorbereitete und unzulänglich aufgearbeitete Befolgungsvorlage ohne genügende Beratung zu verabschieden.

Die kommunistische Fraktion beantragt deshalb:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen,

- die in der Vorlage 33 vorgesehene Gehaltssätze als 3 w i l l e n r e g e l u n g — rückwirkend ab 1. Oktober 1927 — bis Mitte Dezember an die Beamten vorrutschweise auszugeben;
- die dazu erforderlichen Mittel in Höhe von 9 539 470 RM zu bewilligen.

Dresden, am 7. Dezember 1927.

H. Köhler

u. die übrigen Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion.

Die KPD wird heute, wo die Beamtensbefolgung beraten wird, mit aller Entschiedenheit für die Behandlung dieses Antrages eintreten. Die Beamtensorganisationen haben sich schon für eine solche Regelung ausgesprochen.

Schlag gegen die KPD

Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstages hatte beschlossen, die Verfolgung der KPD-Führer vor der Auflösung des Reichstages nicht zuzulassen.

Wie die „Deutsche Zeitung“ jetzt meldet, werden die Bürgerblockparteien in Abänderung des Beschlusses des Geschäftsordnungsausschusses über die Strafverfolgung der kommunistischen Abgeordneten Stoeker, Roosen, Hoenke, Becker, Kammele und Pfeiffer wegen Vorbereitung zum Hochverrat (es handelt sich um den Zentrale-Prozess) im Reichstage beantragen, daß die Immunität dieser Abgeordneten insoweit aufgehoben werden soll, als die Anberaumung eines in die fallende Zeit fallenden Hauptverhandlungstermines und die laufende Zeit für zulässig erklärt werden. Von dem Zeitpunkt an beginnt der Sommerferien des Reichstages ab soll die Immunität dieser Abgeordneten ganz aufgehoben und auch die Verhaftung der Abgeordneten oder ihre Verhaftung zugelassen sein.

Während die Schwerindustrie zum Schläge gegen die Arbeiter ausstößt, holt der Bürgerblock zum Schläge gegen die reaktionäre Beamtenschaft aus. Die KPD soll gegen die reaktionäre Beamtenschaft an der Führung des Kampfes der Arbeiter verhindert werden.

Der Schlag, der hier gegen die KPD geführt werden soll, ist ein Angriff gegen die gesamte Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse muß sich geschlossen gegen diesen Schandplan wenden.

Heute Schiedspruch des Schlichters

Die Feilsherren verbreitern die Kampffront — Stilllegung der Ruhrzechen

Essen, 8. Dezember. (Eigenes Drahtbericht.)

Die gestern vormittags 9 Uhr begonnenen Parteiverhandlungen im Ruhrkonflikt sind gescheitert. Der Bezirksleiter des DMB Wolff gab zu Beginn der Sitzung im Namen der Vertreter der freien Gewerkschaften folgende Erklärung ab:

„Der Deutsche Metallarbeiterverband erklärt für die beteiligten freien Gewerkschaften, daß die Stilllegungsanzeige des Arbeitgeberverbandes der nordwestlichen Gruppe eine starke Provokation der gesamten Arbeiterklasse darstellt und als unzulässiges Druckmittel auf Arbeitnehmerseite und auf die Öffentlichkeit angesehen werden muß. Der DMB erklärt weiter, daß ihn diese Maßnahme des Arbeitgeberverbandes von seiner bisherigen Haltung nicht abbringen kann, und wenn keine Vertreter an den heutigen Verhandlungen teilnehmten, so nur deshalb, weil es ihnen ernst ist mit der Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder.“

Der christliche Gewerkschaften beantragte Vertagung der Parteiverhandlungen, bis „Klarheit“ über die angekündigten Stilllegungsmassnahmen des Arbeitgeberverbandes besteht. — Die Arbeitgeberverbände lehnen die Vorschläge der freien Gewerkschaften, die an ihren bisherigen Forderungen festhielten, und auch den Vertagungsantrag der christlichen Gewerkschaftsführer ab, unter der Begründung, daß die Wirtschaftslage keine weitere Steigerung der Gestehungskosten zulasse. Als die Gewerkschaften eine Diskussion über die Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli ablehnten und verlangten, daß sie in vollem Maße aufrechterhalten werden müsse, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Der vom Reichsarbeitsminister gestellte Schlichter Dr. Joetten, der den Verhandlungen als Zuhörer beiwohnte, hat darauf die Parteien zu Schlichtungsverhandlungen für Donnerstag eingeladen.

Mittlerweile geht die Stilllegungsoption der Schwerindustrie weiter, und auch die Feilsherren beraten schon über Stilllegungsmassnahmen, da durch den Ausfall an Kohlenlieferungen an die Eisen- und Stahlindustrie, die ungefähr 40 Prozent der deutschen Kohlenproduktion benötigte, weitgehende Arbeitsentstellungen in der Kohlenindustrie nicht zu vermeiden wären.

Die Schwerindustriellen versuchen in einer ganzen Reihe von Betrieben, auf die Arbeiter entsprechend einzuwirken, daß diese ihr Einverständnis mit einer Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung erklären, um dadurch einen Druck auf die Verhandlungen auszuüben und die Gewerkschaftsvertreter vor fertige Tatsachen stellen zu können. Dieses Ansinnen wird von der gesamten Arbeiterklasse, ob freigewerkschaftlich, christlich oder kirchlich, entschieden abgelehnt. So haben die Belegschaften der dem Adlerkonzern gehörigen Zechen Centrum 4 und 6, Johann Deimelsberg und Adler die Vorschläge der Verwaltung, die Arbeitszeit auf neun Stunden

zu verlängern und eine Lohnkürzung vorzunehmen, einmütig abgewiesen. Die Verwaltung hat erklärt, daß sie nunmehr die Zechen stilllegen wird, da sie die bisherige Zubehör von 840 000 Mk. nicht mehr erheben will. Nur bei verlängerter Arbeitszeit und durch Entlassung von 200-250 Arbeitern könnten die Zechen ohne Verlust weiter arbeiten.

Wie aus Essen berichtet wird, herrscht unter der christlichen Metallarbeiterklasse eine große Erbitterung über die schändliche Kompromißwirtschaft bei den Zentrumsverhandlungen, die von einer gemeinsamen Aktion mit dem Deutschen Metallarbeiterverband ausdrücklich abgerückt sind.

Vom Mittellager der Regierung in Krensberg haben die Vereinigten Stahlwerke, Abteilung Westfälische Union, und Westfälische Drahtindustrie für den 8. Dezember Stilllegungsverhandlungen anberaumen lassen. Diese Maßnahme dient zur Unterstützung der Unternehmer bei den heute in Berlin stattfindenden Schlichtungsverhandlungen.

Die Eisen- und Stahlwerke wissen, daß sie auf ihren Metallarbeiterminister Braun rechnen können. Da gehört das ganze Bürgerblockkabinett unter dem Vorhitz von Marx den Vortag von Braun über den Konflikt in der Schwerindustrie entgegenkam und darüber eine leiserliche Beratung abhielt, dürfte auch gestern bereits die Entscheidung im Sinne der Unternehmer gefallen und dem Schlichter für die heutigen Verhandlungen die Richtlinien gegeben worden sein.

Wie wir hören, beschloß das Bürgerblockkabinett, den Schlichter zu beauftragen, in jedem einzelnen Betrieb die Positionen der finanziellen Rückwirkungen der Arbeitslosenricht zu genau zu überprüfen. Dabei soll möglich bleiben, daß immer Regelungen von Fall zu Fall vorgenommen werden. Bei den Werken, für deren Bestand die Einführung der Achtstundenschicht ab 1. Januar angeblich eine Gefahr bedeutet, würde die Frist zur Einführung des Dreischichtensystems hinausgeschoben werden, damit die Betriebe in der Zwischenzeit die Rationalisierung durchführen können.

Die gesamte Arbeiterklasse muß sich darüber klar sein, daß in den kommenden Bewegungen um höhere Löhne und in den Arbeitszeitkonflikten sie aufs schmerzhafteste geknackt sind, wenn die Eisen- und Stahlwerke mit Unterstützung der Bürgerblockregierung der Ansicht auf den Achtstundentag der Metallarbeiter zustimmen. Die gesamte Arbeiterklasse muß schon heute in allen Betrieben und Gewerkschaften Stellung nehmen zu dem unausbleiblichen Kampf und ihre Vorbereitungen treffen für die Unterstützung der Metallarbeiterklasse und für das eigene entschlossene Eingreifen in den Kampf.

Auf der Tagesordnung steht das Kampfplakat der Metallarbeiter, Bergarbeiter, Transportarbeiter und Eisenbahner. Die Arbeiterklasse muß der Unfähigkeit der reformistischen Gewerkschaftsführer, die keinerlei Vorbereitungen zu einem umfassenden Kampfe treffen, aber immer wieder Treuegelübden zu dem Schlichtungsprozess des Bürgerblocks und zu dem Raub des Streikrechts ablegen (schon seit ein Ende machen und auch die Ausperrungsandrohung mit einem Streik auf der ganzen Linie beantworten.

Der Landtag und die Befolgungsreform

Seit 1926 drängen die Beamtensorganisationen zu einer entschiedenen Befolgungsbesserung und fordern gesetzliche Neuregelung ihrer Gehaltsbezüge. Weihnachten 1926 wurde ihnen eine lächerliche Winterbeihilfe gewährt und im Sommer 1927 — zum ersten Male in der Beamtensbefolgung — eine allgemeine Arznenunterstützung.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat bei all diesen Aktionen aufs Entschiedenste die einmaligen Beihilfen als Ersatz für eine durchgreifende Befolgungsänderung und Gehaltserhöhung bekämpft. Sie hat mit Entschiedenheit eine Neuordnung der Befolgungsordnung verlangt und ganz besonders eine Aufbesserung der Bezüge der unteren und mittleren Beamten gefordert. Im Sommer dieses Jahres gingen die Beamten zum ersten Male auf die Straße und schon diese zaghafte Demonstration genügt, um die Regierungen zu der Versprechung zu veranlassen, baldigst — noch in diesem Jahre — eine Befolgungsänderung einzutreten zu lassen. Der Reichsfinanzminister Köhler hielt eine sehr gefühlvolle und vielversprechende Rede, der die Beamtenschaft jubelte, die sie aber bald als eine große verhöhnende Geste erkannte. Der Köhlerglaube der Beamtenschaft wurde aber endgültig erschüttert,

als der bestellte Einpruch des Reparationsagenten Parker Gilbert bekannt wurde.

Die Versprechungen der Regierungen und der Regierungsparteien wurden jedoch in irgendeiner Form eingehalten werden, und zur Zeit spielt sich im Reichstag ein interessanter Machtkampf um südwestliches Abhandeln des Versprochenen ab. In

Sachsen übt man eine andere Taktik; man hat bisher die Vorbereitungen zu einem neuen Befolgungsgeheh hinter geschlossenen Türen getroffen, hat die Vorlage bis zum Zeitpunkt des Auseinandergehens des Landtages zurückgehalten und dabei die Weihnachtshoffnungen der Beamten als Druckmittel auf das Parlament ausgeübt. Man will in kaum einer Woche das umfangreiche, einschneidende Gesetz verabschieden, den Beamten einen Hungerkuchen vorwerfen und möglichst jede Erörterung über die Vorlage verhindern, d. h. die reaktionäre Befolgungspolitik ungehindert durchführen. Die Regierung hat alle Ursache, eine Befolgungsreform möglichst ohne Geräusch zu verabschieden, in der es vorkommt, daß ein Beamter gegenüber der alten Befolgungsordnung sich um 1500 RM und ein anderer Beamter sich um 30 RM verbessert.

Die kommunistische Landtagsfraktion wird mit allen Mitteln zu verhindern suchen, daß diese Ueberrumpelungspolitik durchgeführt wird. Die Beamtenschaft wird dabei erfahren, daß dieser Kampf nicht im Parlament zum Siege geführt werden kann, sondern nur dann, wenn sie die Beamten auf ihre Kraft bekennen, wenn sie nicht als vereinzelte, auf einander eifersüchtige Gruppen kämpfen und wenn sie sich mit denen koalieren, zu deren Klasse sie gehören: der Arbeiterklasse.

Wie die kommunistische Partei Sicherstellung der Existenz jedes Arbeiters und für alle Wertigkeiten eine allgemeine Altersversorgung auf Staatskosten verlangt, wird sie sich bei den Beamten ein-